

Gewerkschaftlicher Aktionsausschuss

Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin

Stellungnahme vor dem SPD-Landesparteitag am 25. Mai 2024

Nach wie vor: TVöD für Alle! Rückführung Jetzt!

Wenn am 25. Mai 2024 der SPD-Parteitag zusammenkommt, werden – wie schon so häufig in den vergangenen Jahren – Beschäftigte der Charité Facility Management GmbH (CFM) und der Tochterfirmen von Vivantes vor den Eingängen protestieren. Dabei sein werden auch Beschäftigte Freier Träger, um die Konsequenzen von Haushaltskürzungen abzulehnen.

Tausende Kolleginnen und Kollegen in Berlin...

- 3.300 Beschäftigte bei der CFM, die seit 2006 existiert;
- über 3.000 bei den Vivantes Tochterfirmen (VSG, SVL, VivaClean, Reha, MVZs ...), z.T. schon seit 2004 (aus)gegründet;
- Hunderte, wenn nicht ebenfalls Tausende, die in ausgegründeten Firmen von Betrieben in Landesverantwortung arbeiten: in den Bereichen Facility, Technik, Logistik, Reinigung, Küche, Sicherheit...

... werden unvermindert in prekärer Arbeit gelassen, auf der Grundlage von Lohndumping und entstanden durch Tarifflicht. Das Gerede von „Guter Arbeit“ muss für sie wie Hohn klingen. Wenn CDU und SPD das „Beste für Berlin“ möchten, warum wird nicht endlich umgesetzt, wovon sie reden? Wir wollen nicht wissen, warum alles so schwierig ist, sondern wann es endlich vollbracht ist.

Andrea Kühnemann, unsere ver.di-Landesleiterin, hat vollkommen Recht, wenn sie am 4. März im *Tagesspiegel* gesagt hat:

„Die Service-Töchter der Charité (CFM) und bei Vivantes sind **Sinnbilder für die gewerkschaftsfeindliche Politik**, mit der in Berlin (...) **Haushaltssanierung auf dem Rücken der Beschäftigten** betrieben wurde.“

Bezogen auf das Versprechen, die Löhne an den TVöD anzugleichen, fügte sie hinzu:

„Seit dem Koalitionsvertrag von 2016 sind die Krankenhaus-Tochterunternehmen (...) zu einer Art **Lackmustest** für die Glaubwürdigkeit der Berliner Politik gegenüber den Beschäftigten geworden.“

Doch passiert ist die Angleichung an den TVöD nicht. Die Zwei-Klassen-Belegschaften bei Charité und Vivantes bestehen unvermindert weiter. Für gleichwertige Arbeit gibt es Lohnunterschiede gegenüber den Muttergesellschaften von mehreren Hundert Euro, ja bis zu 600, 700 Euro pro Mitarbeiter monatlich! Was an Lohn-erhöhungen erzielt wurde, ist allein durch gewerkschaftlichen Kampf und Streiks erreicht worden.

Das Versprechen TVöD gab es 2016. Wir schreiben heute das Jahr 2024!

2022/23 galoppierte die **Inflation**. Seither liegen die Lebensmittelpreise nicht nur 30% höher, sondern es ist auch die Schere zwischen den Gehältern bei den Krankenhaus-Töchtern und den TVöD-Gehältern wieder erheblich auseinandergegangen.

Deshalb haben 2.087 CFM-Kolleg*innen mit einer ver.di-Petition einen Inflationsausgleich von 3.000 Euro gefordert – 3.000 Euro, die bei den Vivantes-Töchtern gezahlt wurden! Warum nicht bei der CFM?

Jetzt hat die Charité-Geschäftsführung „nachgezogen“: Sie zahlt den CFM-Beschäftigten eine Inflationsprämie von – man glaubt es kaum – 115,40 Euro (nicht monatlich, sondern einmal). Das ist nicht nur lächerlich, das ist eine Provokation! Bei einer Streikversammlung der TVöD-Tarifrunde – im Wahlkampf zur Wiederholungswahl – hat die SPD den Inflationsausgleich zugesagt. Angekommen ist nichts.

Es bleibt dabei: TVöD für Alle!



Es bleibt auch dabei: **Rückführung „unverzüglich“!**

Die Rückführung der Krankenhaus-Tochterfirmen ist längst überfällig! In den vergangenen Wahlkämpfen haben das alle Parteien, die den jetzigen Senat und vorherige Senatskonstellationen gestellt haben, zu ihrer Position gemacht.

Der Koalitionsvertrag vom 26. April 2023 sagt:

„Die Koalition wird die Rückführung der Tochterunternehmen der landeseigenen Krankenhäuser **schnellstmöglich** durchführen.“ Schnellstmöglich kann nicht heißen: bis die nächste Wahl 2026 ansteht.

Und: „Weitere Ausgliederungen und Outsourcing von Leistungen in unseren Krankenhäusern wird es nicht geben.“ Das bedeutet für uns: Die gesamten Belegschaften müssen in die Muttergesellschaften re-integriert werden.

Was ist passiert? Die beiden Senatsverwaltungen für Finanzen und für Gesundheit haben fast ein Jahr gebraucht, um erst einmal eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die Reintegration der Töchter in die Muttergesellschaften prüfen will.

Wie bitte? Prüfen statt Auftrag ausführen? Verschleppen statt Umsetzen? Es spricht für sich, dass Gesundheitssenatorin Czyborra auf Betriebsversammlungen der Krankenhaus-Töchter mit Abwesenheit glänzt.

In einer Mitteilung des Gesamtpersonalrats der Charité vom 25. April 2024 liest man:

„Bezogen auf Fragen zu den Töchtern der Charité sieht der Vorstand [der Charité] die Anregung einer Eingliederung der CFM in die Charité außerhalb seines Aufgabenbereiches und hält es für unwahrscheinlich, dass die Eingliederung in den nächsten zwei bis drei Jahren stattfinden wird.“

Das heißt: der Charité-Vorstand geht nicht von der Umsetzung noch in dieser Legislaturperiode (bis 2026) aus.

Wäre es verwunderlich, wenn wir von den Senatsverwaltungen des Herrn Evers (Finanzen, CDU) und der von Frau Czyborra (Gesundheit, SPD) zu hören bekommen: *Die Rückführung ist nicht finanzierbar und Die Rückführung ist nicht rechtssicher durchzuführen.*

Wird sich die Exekutive (der Senat) über die Legislative (das Abgeordnetenhaus) erheben? Wird die Exekutive weiter auf Zeit spielen? Nicht nur der Senat steht in der Verantwortung, auch die ihn tragenden Parteien, ausdrücklich auch die CDU mit dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner an der Spitze.

Nicht zum ersten Mal liegt dem **SPD-Parteitag**, der am 25. Mai stattfindet, ein Antrag für die Rückführung der Krankenhaus-Töchter vor. „Unverzüglich“, bis zum 31.12.2024, heißt es in dem Antrag!

Im Kampf für die Rückführung haben die Kolleginnen und Kollegen zahlreiche Mitglieder des Abgeordnetenhauses an ihrer Seite gehabt, einschließlich des Fraktionsvorsitzenden der SPD. Aber was tun diejenigen, die von der SPD in die Exekutive entsandt wurden? Sind Parteitagsbeschlüsse nur Lippenbekenntnisse?

Die etablierten Parteien beklagen die „**Politikverdrossenheit**“ im Land. Andrea Kühnemann, ver.di-Landesleiterin, sagte in genanntem Beitrag im *Tagesspiegel*:

„Politikverdrossenheit entsteht aus solchem politischen Versagen. Wenn der Senat das Outsourcing bei Charité und Vivantes nicht endlich beendet, verspielt er seine politische Glaubwürdigkeit.“

Das ist kein Appell, das ist eine Feststellung. Wir sagen: **Die Zeit der Appelle ist vorbei.**

Passiert nichts, oder das Gegenteil, wird sich die Ablehnung und Wut der Beschäftigten in welcher Form auch immer ausdrücken. Im Januar 2025 endet die Friedenspflicht auch für die Tarifverträge der Krankenhaus-Töchter. Die Kolleginnen und Kollegen sind streikbereit mit ihrer Gewerkschaft ver.di nicht nur, weil ihnen das Wasser bis zum Hals steht, sondern weil es auch bei ihnen dann um den TVÖD zu 100% gehen wird...

Berlin, 17. Mai 2024

